

## Die Wahlen auf Fidschi

Nach fast acht Jahren Militärherrschaft durfte Fidschi am 17. September 2014 Wahlen abhalten, die, kaum überraschend, von Konteradmiral **Frank Bainimarama** und der von ihm gegründeten *Fiji First* Partei haushoch **gewonnen** wurden. Nach 1992, als Generalmajor Sitiveni Rabuka zum Premierminister gewählt wurde, ist dies nun das zweite Mal, dass ein Putschistenführer in den anschließenden Wahlen als Regierungschef bestätigt wurde.

Das Wahlergebnis wird in Fidschi sehr unterschiedlich interpretiert. Für die Anhänger von Bainimarama und **Fiji First** ist es die Bestätigung einer Politik, die Fidschi zurück auf den Pfad wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gesundung geführt hat. Eine Politik, die ein Auge für gesellschaftlich Unterprivilegierte hat, eine Politik, die die Gesellschaft auf den Weg einer multi-kulturellen, modernen Demokratie führen wird.

**Bainimaramas Gegner** sind weniger zuversichtlich. Für sie ist das Wahlergebnis eine logische Konsequenz aus systematischer Benachteiligung oppositioneller Gruppen durch eine fast acht Jahre lang regierende, undemokratische Regierung, die vor allem die letzten drei Jahre dazu genutzt hatte, die Weichen für einen Wahlsieg zu stellen: Eine Regierung, die durch einen Putsch an die Macht gekommen war, und während ihres Wirkens den Menschenrechten sehr geringe Bedeutung zumaß. Ihr Regierungsstil bestand aus einer Vielzahl Beschränkungen grundsätzlicher Freiheiten und der lückenlosen Kontrolle der öf-

fentlichen Medien, die Kritik an der Militärregierung bereits im Keim erstickte. So entstand eine **übermächtige Propaganda** Maschinerie. Als die Wahlen immer näher rückten gesellten sich populistische Geschenke, die unter das Volk verteilt wurden, zum Repertoire der Regierungspolitik. Keine Verwunderung deshalb, dass die herrschende Regierung einen Erdrutschsieg verzeichnete!?

Die Wirklichkeit liegt irgendwo dazwischen. Es besteht wenig Zweifel daran, dass die herrschende, vom Militär getragene Regierung, sehr empfindlich auf jegliche Kritik reagierte und hart durchgriff, wenn Menschen oder Gruppierungen Kritik äußerten. Vor allem zwischen Dezember 2006 und 2012 waren **Regierungskritiker** von willkürlicher **Verhaftungen**, Folter und physischer Gewalt bedroht. Selbst führende Kirchenvertreter wurden eingeschüchtert, tätlich angegriffen oder vorübergehend in Haft genommen. Im Januar 2012 wurden die Notstandsbestimmungen durch ein Gesetz über die öffentliche Ordnung ersetzt, das auch weiterhin die Rechte auf freie Meinungsäußerung und auf friedliche Versammlung einschränkte.



Premierminister Frank Bainimarama. Foto: Wikimedia.de.

**Einschränkungen der freien Meinungsäußerung** hatten dazu geführt, dass die öffentlichen Medien in Fidschi auf regierungskritische Berichterstattung weitgehend verzichtete. Diese Schere im Kopf, die Neigung zur Selbstzensur, wurde dadurch verstärkt, dass Redakteure, die regierungskritische Berichterstattung zuließen, entweder

des Landes verwiesen wurden, oder empfindliche Geld- und Gefängnisstrafen riskierten.

Zum Teil lässt sich das Wahlergebnis an Hand der Demographie und den darauf basierenden unterschiedlichen Wahlkampfstrategien beider großen Parteien erklären. Zwei große ethnische Gruppen machen die Mehrheit der Bevölkerung in Fidschi aus, und damit auch die Mehrheit der WählerInnen: Die indigenen Fidschianer (**iTaukei**) stellen etwa 58 Prozent der Bevölkerung, während die **Fidschianer mit indischem Hintergrund** etwa 38 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Bei der Volkszählung von 1966 hatten noch mehr als 50 Prozent der BewohnerInnen Fidschis indisches Hintergrund. Dieser Anteil ging aufgrund starker Abwanderungen nach den Putschen von 1987 und 2000 deutlich zurück.

Im Wahlkampf verfolgte **SODELPA** (*Social Democratic Liberal Party*) eine fast ausschließlich auf die Interessen der indigenen Bevölkerung zugeschnittene Programmatik. Die Arithmetik war einfach: Fast 60 Prozent der WählerInnen waren indigene Fidschianer. Diese Bevölkerungsgruppe hinter SODELPA zu vereinen würden zum Wahlerfolg reichen.

Bei der **Fiji First** sah die Situation deutlich anders aus: Die etwa 38 Prozent der WählerInnen mit indischem Hintergrund reichten bei weitem nicht aus, um einen Wahlsieg zu garantieren, zumal mit der *Fiji Labour Party* (FLP), der Regierungspartei von 1987 und 2000, und der *National Federation Party* (NFP), zwei ernstzunehmende Parteien bei den Wahlen antraten, die traditionell von WählerInnen mit indischem Hintergrund bevorzugt wurden. Um die Wahlen zu gewinnen brauchte *Fiji First* auch bedeutende Anteile aus dem Lager der indigenen Fidschianer, aus dem Lager, das SODELPA anvisierte.

Es ist sehr offensichtlich, dass *Fiji First* eine erfolgreichere Strategie verfolgte: Schätzungsweise 85 Prozent der Fidschianer mit indischem Hintergrund wählten *Fiji First*. Dies verdammt die **Fiji Labour Party** zur Bedeutungslosigkeit: Mit 2,4 Prozent der abgegebenen Stimmen scheiterte Labour deutlich an der 5 Prozent Hürde. In den letzten Wahlen (2006) war sie mit 39,2 Prozent noch zweitstärkste Partei und 1999 hatte sie eine absolute Mehrheit der Mandate erreicht.

Die **National Federation Party** hatte es weniger schwer erwischt. Am Ende erhielt sie 5,5 Prozent der Stimmen und zog so hinter *Fiji First* (59,2 Prozent) und SODELPA (28,2 Prozent) als dritte Kraft ins Parlament ein. Doch auch die besten Zeiten der NFP liegen weit in der Vergangenheit; 1977 konnte sie die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinen und 1987 erzielte sie zusammen mit der FLP eine deutliche absolute Mehrheit.

Entscheidend für den Wahlausgang aber war, dass *Fiji First* wohl mehr als die Hälfte der Stimmen der indigenen Fidschianer auf sich vereinen konnten. Wahlexperten gehen davon aus, dass 53 Prozent der iTaukei-WählerInnen der *Fiji First* ihre Stimmen gaben und dass SODELPA mit etwa 42 Prozent der indigenen Wählerstimmen sogar deutlich hinter *Fiji First* liegt.

Weshalb die große Mehrheit der Fidschianer mit indischem Hintergrund ihre Stimme der *Fiji First* gaben, ist naheliegend: Sehr groß war die Furcht, dass SODELPA in ihrem Übereifer, indigene Interessen zu verfolgen, die Interessen anderer ethnischen Gruppen nicht nur übersehen, sondern stark benachteiligen würde. Die *Fiji Labour Party* wurde als wenig kompetent angesehen, die indisch-stämmige Bevölkerung wirkungsvoll vor einem indigenen Nationalismus zu schützen, zumal ihr Führer, Mahendra Chaudhry, wegen einer Gerichtsverurteilung kurz

vor den Wahlen nicht berechtigt war, als Kandidat anzutreten.

Weshalb jedoch anscheinend weniger als die Hälfte der indigenen Bevölkerung *SODELPA* ihr Vertrauen schenkte, ist weniger einsichtig. Mehrere **Erklärungsversuche** bieten sich an: Zum Einem deutet manches darauf hin, dass besonders unter der indigenen Bevölkerung die Furcht groß war, dass es einen erneuten Putsch geben könnte, sollte das Wahlergebnis nicht zu Gunsten der *Fiji First* ausfallen.

Größer dürfte jedoch die Aussicht auf **Wahlgeschenken** nach einer gewonnenen Wahl gewesen sein. Schon in den Jahren vor den Wahlen machte die vom Militär gestützte Regierung viele Geschenke an unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen. Das zehn Tage vor den Wahlen veröffentlichte Wahlprogramm machte Appetit auf mehr. Die Einführung kostenloser Bildung war schon im Jahr vor den Wahlen von allen gesellschaftlichen Gruppen positiv aufgenommen worden, nun wurden kostenlose Strom- und Wasserversorgung und Medikamente für einkommensschwache Gruppen sowie kostenlose Milch für alle SchülerInnen der ersten Klasse in Aussicht gestellt. Weitere 10 Millionen FJD wurden indigenen Fidschianern für Landverbesserungsmaßnahmen versprochen.

Die Regierung machte auch allen deutlich, dass sie **nichts zu erwarten** hätten, wenn sie sich nicht loyal zeigen würden. Bereits im Januar 2013 wurden den Bewohnern der Dörfern Vitogo und Naviyago Gelder für den Wiederaufbau nach Zyklon Evan gestrichen, weil der Häuptling von Vitogo schlecht über die Regierung geredet hatte. Schon sehr bald nach den Wahlen machten Gerüchte die Runde, dass auf Vanua Levu nur diejenigen staatliche Unterstützung bekommen würden, die bei den Wahlen *Fiji First* unterstützt hatten. Premierminister Bainimarama wird von der regierungsnahen Zeitung „Fiji Sun“ zitiert, dass es nicht mehr

als gerecht sei, wenn sich die Regierung vorrangig um ihre Anhänger kümmern würde, ohne die sie gar nicht an der Regierung wären. Nach einem Sturm des Entsetzens und der Empörung aus den Reihen der Opposition stellte die Regierung dann klar, dass die Aussage aus dem Zusammenhang genommen war und natürlich alle Menschen in Fidschi bei Entwicklungsmaßnahmen berücksichtigt würden.

Großes Unbehagen hat bei Regierungsvertretern die Besetzung des **Vorsitzes des Rechnungsprüfungsausschusses** (*Public Accounts Committee*) bereitet. Nach der Verfassung und der Geschäftsordnung des Parlamentes obliegt die Leitung dieses Ausschusses einem Parlamentarier von Seiten der Opposition. Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa hatte Dr. Biman Prasad von der NFP zum Vorsitzenden dieses wichtigen Ausschusses nominiert. Der Regierung ist diese Nominierung alles andere als recht. Besondere Brisanz erhält das Amt dadurch, dass der Ausschuss die Berichte der Obersten Rechnungskontrollbehörde (*Auditor General*) diskutieren wird. Seit der Machtübernahme 2006 war keiner dieser 28 Berichte veröffentlicht worden. Nun wird vermutet, dass sie heikle Informationen zum Ausgabenverhalten der Militärregierung offenbaren könnten, z.B. Angaben zur Höhe der Gehälter, die sich die Militärregierung genehmigte.



Willkommensplakat für den chinesischen Präsidenten. Foto: Eberhard Weber.

Eines haben die Wahlen ganz sicherlich gebracht: Fidschi ist international weniger isoliert als zuvor. Schon bald

nach den Wahlen wurde das Land zügig **wieder in das Commonwealth aufgenommen**. Auch die Suspendierung vom **Pazifischen Inselforum** wurde aufgehoben. Die fidschianische Regierung zeigt derzeit aber keine Eile, dem Forum wieder beizutreten, sondern nannte eine ganze Reihe Bedingungen, bevor eine Rückkehr erwogen würde. Insbesondere will Fidschi, dass Australien und Neuseeland ihre Mitgliedschaft überdenken und aus dem Forum austreten. Dabei war Australiens Außenministerin Julie Bishop der erste hohe Staatsgast, der Fidschi nach den Wahlen besuchte, ein Ende der Sanktionen verkündete und enge Wirtschafts- und Militärszusammenarbeit ankündigte. Auch Großbritannien und Frankreich nahmen sehr bald nach den Wahlen ihre Militärszusammenarbeit mit Fidschi wieder auf. Mitte November kam eine 12 köpfige Militärdelegation aus den **Vereinten Arabischen Emiraten**. Grund des hohen Besuches waren Abkommen zur Ausbildung fidschianischer Soldaten in den Emiraten. Schon am Tag darauf, am 19. November, folgte der **indische Premierminister Modi**. Er brachte fünf Millionen USD für Dorfentwick-

lungsprogramme und über 70 Millionen USD für die Modernisierung der Zuckerfabrik in Ba mit sich. Für den 21. November hat sich der **chinesische Präsident** angekündigt. Es wird erwartet, dass Präsident Xi, wie schon Premierminister Modi, Fidschi und anderen pazifischen Inselstaaten finanzielle und technische Hilfe für ihre Entwicklungsprobleme anbieten wird. Premierminister Modi und Präsident Xi werden sich auf ihren Stopps in Fidschi mit Regierungschefs vieler pazifischer Inselstaaten treffen, die eigens nach Fidschi angereist sind. Indien als auch China erkennen, dass zwölf pazifische Inselstaaten, so klein sie auch sein mögen, zwölf Stimmen in den Vereinten Nationen sind, auf die mensch nicht verzichten will. Neben dem politischen Einfluss ist es vor allem China, das starke Interessen in der Ausbeutung mineralischer Ressourcen, vor allem in Melanesien hat.

*Zum Autor: Dr. Eberhard Weber* aus Deutschland arbeitet seit einigen Jahren als Dozent für Geographie und Umwelt an der University of the South Pacific in Suva, Fidschi.

## TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

### Die SIDS-KONFERENZ IN APIA

#### 1.-4. September 2014: Die UN und die kleinen Inselstaaten



*Plenum der Konferenz in Apia.*

Bei meiner Ankunft in Apia, Samoa, empfing mich neben dem beinahe vergessenen Geruch Samoas auch eine bunt dekorierte Insel Upolu. Schon in den Wochen vor der „**Third International Conference on Small Island Developing States (SIDS)**“ befand

sich das Land im Ausnahmezustand: Die Dörfer zwischen Flughafen und dem Konferenzzentrum sowie die Hauptstadt Apia waren mit Plakaten und Flaggen unvorstellbar weit entfernter Kleinststaaten gesäumt. Sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte Apias kümmerten sich um die organisatorische Vorbereitung der Konferenz. Derart **stolz herausgeputzt** wird man das Land wohl auf Jahre hin nicht wieder antreffen. Der Aufwand soll sogar den für die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit Samoas von Neuseeland 2012 übertroffen ha-